

BR/GT I/31 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

VORSCHLAG DER FRANZOESISCHEN DELEGATION

zu Artikel 5 des Vorentwurfs eines Uebereinkommens über ein
europäisches Patenterteilungsverfahren

AUFZEICHNUNG

1. Die französische Delegation hat sich in den Sitzungen, welche die mit der Ausarbeitung des genannten Vorentwurfs beauftragte Gruppe in Luxemburg abgehalten hat, vorbehalten, eine Neufassung des Artikels 5 dieses Texts (Recht zur Einreichung einer europäischen Patentanmeldung) vorzuschlagen.

Der Gruppe wurden in der Sitzung im Juli 1969 neue Einzelheiten von nicht unerheblicher Bedeutung mitgeteilt.

Es handelt sich hierbei um den neuen Entwurf für ein Patentgesetz (Vorschriften für Interference-Verfahren), den der Senator McClellan dem amerikanischen Kongress am 1. August 1969 vorgelegt hat, um Erläuterungen dieses Parlamentariers vor

dem Senat und um Erklärungen des Commissioner of Patents vor dem "Nominations Sub-Committee" des "Judicature Committee" des Senats.

Die Erklärungen des Senators McClellan zeigen, dass die amerikanische Regierung keineswegs verkennet, dass das Interference-Verfahren - so wie es die Artikel 102 Absatz 5 und 104 des Gesetzentwurfs vorsehen - faktisch insofern einen diskriminierenden Charakter besitzen, als sich diese Bestimmungen auf das Vorbringen von Beweisen beziehen, von denen der Ausgang des betreffenden Verfahrens abhängt.

Der Commissioner des Patentamtes war jedoch der Ansicht, dass es gegenwärtig verfrüht sei, die geplanten Bestimmungen in diesem Punkt zu ändern, und dass es vielmehr angebracht wäre, abzuwarten, bis der Standpunkt bekannt sei, den die europäischen Staaten hinsichtlich der Akzessibilität zum europäischen Patent für Staatsangehörige von Nichtvertragsstaaten einnehmen werden. Sollte die Akzessibilität an Bedingungen gebunden werden, die eine Aenderung des amerikanischen Gesetzes erforderlich machen, so könnte die Frage erneut geprüft werden.

- 2, Durch den nachstehenden Redaktionsentwurf, der sich von dem Text des Artikels 5 leiten lässt, den die Arbeitsgruppe in ihrer Sitzung im Juli 1969 erarbeitet hat, soll im wesentlichen mit Rücksicht auf die vorstehenden Ueberlegungen erreicht werden, die Bedingungen auszuweiten und zu präzisieren, denen das Recht der Nichtvertragsstaaten genügen muss, damit deren Staatsangehörige und die ihnen gleichgestellten Personen Zugang zum europäischen Patent haben.

Dieses Bestreben kommt durch die Einfügung des letzten Satzteils in den ersten Satz des Absatzes 2 zum Ausdruck: "und insbesondere diese Gesetze die Gewährung eines Rechts nicht von Bedingungen abhängig machen, denen nur im Hoheitsgebiet des betreffenden Staats entsprochen werden kann".

Diese neue Bestimmung bezieht sich auf dritte Staaten, deren Recht die Gewährung von Rechten betreffend das gewerbliche Eigentum von Bedingungen abhängig macht, bei denen das Hoheitsgebiet als Kriterium eine Rolle spielt. Obgleich die Tragweite dieser neuen Bestimmung sehr allgemeiner Art ist, kann sie insbesondere auf das Interference-Verfahren des amerikanischen Rechts Anwendung finden.

Neben dieser wesentlichen Aenderung enthält der Textvorschlag gegenüber dem früheren Wortlaut des Artikels 5 ausser einigen formellen Aenderungen, die insbesondere in der Unterteilung des ursprünglichen Texts in zwei Absätze bestehen, eine weitere sachliche Aenderung: Er bezieht sich nur noch auf den "Schutz der Erfindungen" und nicht auf das "gewerbliche Eigentum" im allgemeinen.

Artikel 5

(1) Jede natürliche oder juristische Person und jede einer juristischen Person gemäss dem für sie massgebenden Recht gleichgestellte Gesellschaft, die die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten besitzt oder in einem der Vertragsstaaten ihren Wohnsitz oder Sitz oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat, kann die Erteilung eines europäischen Patents beantragen.

(2) Ferner kann jede natürliche oder juristische Person und jede einer juristischen Person gemäss dem für sie massgebenden Recht gleichgestellte Gesellschaft, die die Staatsangehörigkeit eines Nichtvertragsstaats besitzt oder in einem Nichtvertragsstaat ihren Wohnsitz oder Sitz oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat, die Erteilung eines europäischen Patents beantragen, sofern die Gesetze dieses

Staates in bezug auf den Schutz von Erfindungen den Staatsangehörigen der Vertragsstaaten die gleichen Vorteile gewähren wie den Staatsangehörigen dieses Staats und insbesondere diese Gesetze die Gewährung eines Rechts nicht von Bedingungen abhängig machen, denen nur im Hoheitsgebiet des betreffenden Staats entsprochen werden kann. Die Vorschriften des Rechts dieser Nichtvertragsstaaten über das Gerichts- und Verwaltungsverfahren und die Zuständigkeit sowie über die Wahl des Wohnsitzes und die Bestellung eines Vertreters, die etwa nach den Gesetzen über das gewerbliche Eigentum erforderlich sind, bleiben jedoch ausser Betracht.
